

Lutherische Europäische Kommission Kirche und Judentum

Erklärung zum Antisemitismus

In der Lutherischen Europäischen Kommission Kirche und Judentum (LEKKJ) sind Delegierte der lutherischen Kirchen Europas vertreten. Ständige Gäste sind jüdische Partner. Die Kommission kommt auf Einladung eines ihrer Mitglieder jährlich zu einer Arbeitstagung zusammen, um Themen der christlich-jüdischen Beziehungen und einer erneuerten Theologie im Angesicht des Judentums zu beraten. Die LEKKJ verabschiedet Erklärungen zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen.

Keywords: Interreligiöser Dialog, Christentum, Judentum, Europa, Antisemitismus, Antizionismus, Bekämpfung

Mit großer Besorgnis beobachten wir verschiedene Formen der Judenfeindschaft in unseren Ländern. Jüdische Gesprächspartner schildern ein Zunehmen von Antisemitismus, der sich auf vielfältige Weise äußert: Schmierereien an Synagogen und auf jüdischen Friedhöfen, verbale Angriffe, telefonische Drohungen bis hin zu körperlicher Gewalt. Daneben sehen wir Formen von verstecktem und unterschwelligem Antisemitismus.

Verschiedene Untersuchungen wie die Studie der EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) bestätigen diese Zunahme und fordern Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus: „Die politischen Entscheidungsträger in Europa müssen deutlich machen, dass Antisemitismus und Rassismus für sie inakzeptabel sind, indem sie eine eindeutige Haltung zu diesem Thema einnehmen und auf politischer Ebene konsequent verfolgen.“ (Presseerklärung 31.3.2004)

Eine solche eindeutige Haltung erwarten wir auch von den Kirchenleitungen und von allen Kirchenmitgliedern, denn aus theologischer Sicht ist „der Antisemitismus eine Sünde gegen Gott und Menschen“ (Vollversammlung des ÖRK 1948: Erklärung über „Das christliche Verhalten gegenüber den Juden“). Ebenso heißt es in der „Charta Oecumenica – Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa (Konferenz Europäischer Kirchen und der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen, 2001): „Wir verpflichten uns, allen Formen von Antisemitismus und Antijudaismus in Kirche und Gesellschaft entgegenzutreten; auf allen Ebenen den Dialog mit unseren jüdischen Geschwistern zu suchen und zu intensivieren.“

Als evangelisch-lutherische Christinnen und Christen haben wir angesichts des Antijudaismus in der lutherischen Tradition eine besondere Verantwortung. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten war sie immer wieder Thema der LEKKJ. Die Driebergener Erklärung der LEKKJ von 1990 fordert: „Wir dringen darauf, dass in den lutherischen Kirchen nicht nur die antijüdischen Ausfälle des späten Luther mit ihren verheerenden Folgen aufgearbeitet werden im Sinne der Erklärung [des Lutherischen Weltbundes] von Stockholm 1983, sondern auch Grundschemata lutherischer Theologie und Lehre ... auf ihre Auswirkung auf das christlich-jüdische Gespräch neu überdacht werden.“ Wir bedauern, dass diese Erkenntnisse noch nicht von allen Kirchenmitgliedern geteilt werden. Diese Herausforderung ist noch immer aktuell.

In der Gegenwart sehen wir, dass der Antisemitismus häufig im Gewand des Antizionismus erscheint. Als Kirchen haben wir eine bleibende Verbindung mit dem jüdischen Volk und mit Israel. Zugleich haben wir Beziehungen zu palästinensischen Christen. Trotz eines Bemühens um ausgewogene Positionen sehen wir im kirchlichen Kontext oft eine unausgewogene Parteinahme zugunsten der palästinensischen Seite.

In der öffentlichen Debatte beobachten wir häufig antisemitische Anspielungen, wie sie z.B. in unzulässigen Vergleichen der gegenwärtigen israelischen Politik mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Ausdruck kommen. Kritik an der Politik des Staates Israel ist nicht per se antisemitisch. Sie wird es jedoch, wenn die Existenz des Staates Israel in Frage gestellt wird. In der öffentlichen Diskussion tauchen immer wieder antijüdische Klischees wie „Rachsucht“, „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ auf. Wir unterstreichen, dass politische Konflikte keine Übergriffe gegen Juden rechtfertigen.

Darüber hinaus halten wir fest: Der Staat Israel hat das Recht und die Pflicht, sich und seine Bürger vor Terror zu schützen.

Diese Erklärung wurde von der Lutherischen Europäischen Kommission Kirche und Judentum (LEKKJ), in der 25 lutherische Kirchen in Europa vertreten sind, auf ihrer Jahrestagung am 9. Mai 2004 in Cluj/Klausenburg (Rumänien) verabschiedet.

Quelle:

<https://www.lekkj.eu/dokumente> (2024-06).